

Gegen die Angriffspläne der USA auf den Irak

Eine Erklärung des Asiatischen Friedensbündnisses

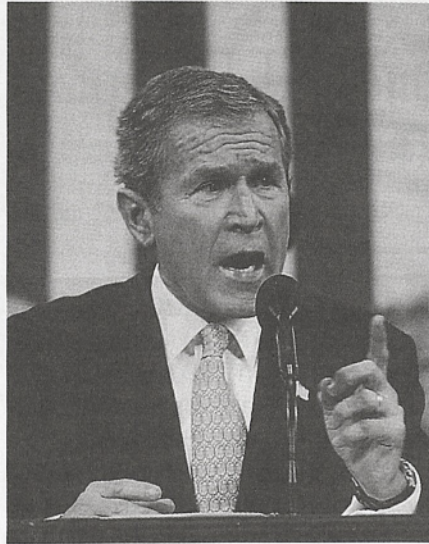
Eine Erklärung des Anfang September 2002 ins Leben gerufenen Asiatischen Friedensbündnisses (Asia Peace Alliance = APA) bezüglich der Angriffspläne der US-Regierung auf den Irak. Dem Bündnis sind auf der Gründungskonferenz in Manila 41 Organisationen und 35 Persönlichkeiten aus elf asiatischen Ländern und vier asiatischen Regionalorganisationen beigetreten.

Das Asiatische Friedensbündnis begrüßt Saddams Husseins Einwilligung zur UN-Sicherheitsratsresolution 1441. Während diese Entwicklung woanders möglicherweise zur Erleichterung geführt hat, halten wir an der Überzeugung fest, dass die Drohung der Vereinigten Staaten, einen Krieg gegen den Irak zu führen, lediglich aufgeschoben worden ist.

Wir missbilligen die Absichten der US-Regierung, einen Krieg gegen den Irak zu entfachen und die Versuche, den Sicherheitsrat zu benutzen, um einen solchen Krieg zu legitimieren.

Die Vereinigten Staaten sind gezwungen worden, sich wieder dem UN Sicherheitsrat zuzuwenden und dessen Einwilligung einzuholen, bevor sie weitere Schritte zur Entwaffnung des Iraks vornehmen. Während dies den Wunsch der Weltgemeinschaft signalisiert, einige Rechtsgrundsätze in die internationalen Beziehungen einzubringen, ist der Beschluss des Sicherheitsrates bezüglich des Iraks — tatsächlich ist er in der amerikanischen Presse als »die Stimme der Weltgemeinschaft« bezeichnet worden — unglücklicherweise gegenüber den Kriegsplänen Washingtons eingeknickt. Diese Entscheidung wurde dem Sicherheitsrat eindeutig aufgezwungen.

Ungeachtet des Sicherheitsratsbeschlusses beabsichtigen die Vereinigten Staaten ohnehin, den Irak anzugreifen, um ihren wirtschaftlichen und militärischen Interessen im Mittleren Osten nachzugehen.



George W. Bush

Bestärkt durch den Rückhalt im Kongress hat George W. Bush wiederholt vor und nach Annahme der Resolution, und vor und nach Husseins Einwilligung zur Resolution mit einem militärischen Anschlag gedroht. Die Vereinigten Staaten spielen in ihren Bemühungen lediglich auf Zeit, um eine Legitimation für ihren Kriegsplan zu erhalten.

Wir verurteilen die Absicht der Bush-Administration, den Irak anzugreifen, weil es als bedeutender Schritt angesehen werden muss, die Weltgemeinschaft zu einer Einwilligung und Rechtfertigung der Forderung der Vereinigten Staaten zu zwingen, alle Länder, die als »böse« oder als »Feinde der Zivilisation« bezeichnet werden, anzugreifen, um so dem Rest der Welt ihre Ziele zu diktieren.

Zur sogenannten Bush-Doktrin

Die im September verkündete sogenannte Bush-Doktrin (die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten Amerikas) verdeutlichte den skandalösen Anspruch auf die imperialistischen Rechte der Vereinigten Staaten. Die Doktrin missachtet den Vertrag der Vereinten Nationen ebenso wie alle festgesetzten Normen des internationalen Rechts, wobei sie diese Tat im Namen »eines deutlichen amerikanischen Internationalismus, der die Verbindung unserer (US-) Werte und unserer (US-) nationalen Interessen reflektiert« (Bush Doktrin) rechtfertigt. Kurz vor dem drohenden massiven amerikanischen Einmarsch im Irak stehen wir vor einer entscheidenden Wahl — entweder diesem Regime zu unterliegen oder ihm zu widerstehen. Wir als Asiaten widerstehen ihm.

Wir glauben, dass kein Grund für einen Irakkrieg besteht

Der Irak hat die Vereinigten Staaten oder Europa nicht bedroht. Das weltliche baathistische Regime hat keine Beziehung zu Al Qaeda und ist niemals wegen irgendwelcher terroristischen Anschläge angeklagt worden. Die *International Atomic Energy Agency* (IAEA), die die nuklearen Einrichtungen des Irak nach dem

aus: FEER v. 14.2.2002, S. 14

Golfkrieg untersucht hat, berichtete dem Sicherheitsrat im Oktober 1997, dass keine Beweise über die Möglichkeiten des Irak zur Produktion von Massenvernichtungswaffen (Weapons of mass destruction, WMD) vorlagen. Ein Bericht einiger Waffenkontrolleure bestätigte dies. Der Irak hat niemals WMD gegen irgendeinen Staat verwendet; nur die Vereinigten Staaten haben davon Gebrauch gemacht.

Die Resolution 1441 ist eine drastische Darstellung. Die wichtigen Aspekte des Sicherheitsratsbeschlusses 687 vom Ende des Golfkrieges 1991 sind in ihr nicht enthalten: eine unabhängige Waffenkontrolle, ein Ende der Kriegsdrohungen, ein deutlicher Zeitplan für Steigerungen wirtschaftlicher Sanktionen sowie die Erzeugung einer WMD-freien Zone im Mittleren Osten. Sie hob die Notwendigkeit hervor, Israel atomwaffenfrei zu machen. Aber die Resolution 1441 bürdet dem Irak die ganze Last auf und beschuldigt ihn, frühere Beschlüsse missachtet zu haben. Sie verlangt ein verstärktes Kontrollregime und Abrüstung, vergleichbar dem Versailler Vertragsmodell.

Keine Nation kann einen solchen Beschluss befolgen, und kein Kontrollregime kann ein Erfolg sein. Obwohl die Resolution angibt, dass der Sicherheitsrat nach dem Bericht der UN-Waffenkontrolleure in einer Versammlung erneut über die Lage diskutieren wird, birgt er eine militärische Option mit der Aussage, dass »ernsthafte Konsequenzen« folgen werden, falls der Irak angeklagt wird, die Resolution verletzt zu haben.

Die Beschuldigungen sind heuchlerisch

Die Beschuldigungen der Vereinigten Staaten der Irak habe frühere Sicherheitsratsbeschlüsse missachtet und Waffenkontrolleure entlassen, sind heuchlerisch. Die Vereinigten Staaten haben Israel in ihrem Widerstand gegen 29 UN-Resolutionen, die sich auf Palästina bezogen, und gegen weitere 27, denen sich die Vereinigten Staaten im Auftrag von Israel widersetzen, moralisch, finanziell und politisch unterstützt.

Im Jahre 1998, kurz vor dem gemeinsamen Bombenangriff der

USA und Großbritannien auf den Irak, verließen die Waffenkontrolleure den Irak, ohne die Zustimmung des Sicherheitsrates einzuholen. Die Vereinigten Staaten haben jeden Aspekt der Resolution 687 missachtet. Sie haben dem Irak schwerste Sanktionen auferlegt, die vor allem die Zivilbevölkerung traf, zum Tod von Tausenden von irakischen Kindern führte und unmenschliches Leid bei der irakischen Bevölkerung verursachte.

Die Notwendigkeit für einen Regierungswechsel in Irak — für die Absetzung Saddam Husseins — wird von den Vereinigten Staaten offensichtlich als Rechtfertigung für den Angriff auf den Irak ausgenutzt. Die Vereinigten Staaten können nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen, Regierungen ihren eigenen Zielen

und andere Länder in der Region, vom Irak bis hin nach Saudi Arabien, restrukturieren.

Daher besteht das Bush-Regime auf seiner Doktrin des Präventivschlags und wurde vom US-Kongress autorisiert, einen einseitigen Krieg zu führen, falls dies notwendig ist. Die massive gemeinsame Aufstellung US-amerikanischer und britischer Truppen in dieser Region offenbart den zielstrebigsten Militarismus der Allianz. Andere Länder unterstützen diesen Krieg mit Blick auf die Nachkriegsabwicklungen.

Wir verurteilen den Kongress der Vereinigten Staaten für die Autorisierung des Präsidenten, den Irak anzugreifen, ebenso wie wir den US-Präsidenten für die Drohungen, einen Krieg trotz des Verbotes des



aus: FEER v. 21.9.2001, S. 18

Start frei!

gemäß zu entfernen oder einzusetzen.

Wir begrüßen die Bemühungen von Irakern in ihrem Widerstand — nur sie haben das Recht, ihre eigene Zukunft zu bestimmen.

Sicherlich sind Kontrolle und Zugang zum Öl des Irak das Hauptinteresse dieses US-Krieges. Ein Regierungswechsel und die Einrichtung einer Pro-US-Regierung im Irak, wie er in Afghanistan erfolgte, soll die Kontrolle US-amerikanischer Ölfirmen sichern. Die OPEC-Kontrolle über die Ölpreise würde somit in die Hände der Vereinigten Staaten übergehen. Weiterhin würden die Vereinigten Staaten ihre Kontrolle und Hegemonie über die gesamte Region behaupten, Regierungswechsel verursachen

UN Sicherheitsrates zu führen, verurteilen.

Die APA vertritt nicht die Interessen Saddam Husseins

Die APA vertritt nicht die Interessen Saddam Husseins. Aber dieser von Bush geführte Krieg würde vor allem Zivilisten und städtische Einrichtungen zerstören, den ganzen Mittleren Osten auf Jahrzehnte hin destabilisieren und dringend notwendige Beschlüsse zu Palästina verhindern. Er würde eine einseitige Weltordnung schaffen, die den Vereinigten Staaten die Möglichkeit geben würde, alle Prinzipien des inter-



aus: FEER v. 11.10.2001, S. 22

schreckendem Maße zugenommen, da die bestehenden Abkommen mit Nordkorea beinahe gescheitert sind.

Der Krieg dehnt sich bis nach Südostasien aus, wozu die Vorfälle auf Bali und die Bezeichnung einer stark bewaffneten Opposition auf den Philippinen als »Terrororganisation« beigetragen haben.

Es ist eindeutig, dass gewaltsame Reaktionen auf systematische staatliche Gewalt, ja sogar wahllose Gewaltausübungen gegen die Zivilbevölkerung, nur Bushs Interessen dienen würden und die schlimmste Verbindung zwischen der politisch-militärischen Maschinerie der USA und den am meisten unterdrückenden lokalen und staatlichen Eliten ermöglichen sowie die weitere Aushöhungen von Demokratie und Unterdrückung der Menschenrechte und Freiheit verursachen würden.

Wir bezeugen, dass dieses bereits in Indonesien und auf den Philippinen geschehen ist.

nationalen Rechts zu missachten und zu widerrufen, die in den letzten 50 Jahren ausgearbeitet wurden.

Es wird ein Teufelskreis der »Destabilisierung in Asien« erzeugt

Wir stellen mit größter Besorgnis fest, dass die von den Vereinigten Staaten hervorgerufene Kriegssituation einen Teufelskreis »Destabilisierung in Asien« erzeugen wird.

Die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel haben in er-

Wir appellieren an alle Menschen in Asien, sich diesem Krieg zu widersetzen.

Wir appellieren an die internationale Gemeinschaft, den Bemühungen der Vereinigten Staaten zu widerstehen, sich in dem Krieg zu engagieren und eine Resolution gegen die Kriegsbestrebungen der Vereinigten Staaten an den Sicherheitsrat zu überreichen.

Wir rufen alle friedliebenden asiatischen Menschen und Völker auf, sich zu vereinigen und eine starke asiatische Stimme zu bilden, um den Teufelskreis von Gewaltakten zu beenden, Demokratie und Freiheit durch gewaltfreien Widerstand zu schaffen und zu schützen, und Beziehungen von Mensch zu Mensch aufzubauen, die auf Gerechtigkeit begründet sind.

Wir rufen alle Mitglieder des *Asiatischen Friedensbündnisses* auf, ihre Regierungen zum Widerstand gegen die Angriffspläne der Vereinigten Staaten auf den Irak zu drängen und sich gemeinsam mit Friedensbewegungen in anderen Regionen dieser Welt für asienweite Aktionen zu engagieren, die den Widerstand aller friedliebenden Streitmächte in Asien gegen diesen Plan demonstrieren.

Unterzeichnet vom: Vorstand des *Asiatischen Friedensbündnisses*,
15. November 2002

Übersetzung aus dem Englischen:
Esther Hermann und Rolf Jordan

Auflistung der APA Gründungsmitglieder

APA Japan
Asian Regional Exchange for New Alternative
ASR Resource Centre (Pakistan)
Bharat Gyan Vigyan Samithi (Indien)
Committee for Peace Not War (Hongkong)
Focus on the Global South
Focus on the Global South — Philippine Programme
Gathering for Peace (Philippinen)
Initiatives for International Dialogue
KALAYAAN (Katipunan para sa Pagpapalaya ng Sambayanan, Philippinen)
Nuclear Free Philippines Coalition
Pakistan Peace Coalition

Partai Rakyat Demokratik (Demokratische Volkspartei, Indonesien)
Peace Camp (Philippinen)
People's Plan Study Group (Japan)
Philippine Coalition for the International Criminal Court
Women Making Peace (Korea)

APA Mitglieder (individuelle Befugnis):

Selvy Thiruchandran (Sri Lanka)
Direktor, Women's Education and Resource Centre [APA Gründungsmitglied]
Sumanta Banerjee (Indien)
Pakistan-India People's Forum for Peace & Democracy [APA Gründungsmitglied]

Nighat Said Khan
(Koordinator, South Asian Women for Peace; Koordinator, People's Peace Alliance) [APA Vorstandsmitglied]
Kamal Mitra Chenoy
(Vizepräsident, All India Peace and Solidarity Council) [APA Gründungsmitglied]

Andere Organisationen und Einzelpersonen

Malaysian Social Reform Movement (ALIRAN)
Joy Balazo
Uniting Church, Australien